Die Bundesrepublik Deutschland 1949-2009
-
Eine Politische Bilanz

INHALT

I. Deutschland auf der internationalen Bühne

1. Die Bedeutung des spontanen Falls der Mauer in Berlin 1989

2. Die Bedeutung Deutschlands mit seiner starken Wirtschaft und seinen 80 Millionen Bewohnern für Europa

3. Die Bedeutung der Europäischen Union

4. Die Rolle Deutschlands in der Internationalen Staatengemeinschaft

5. Zusammenfassung

II. Deutschland und seine Bürger

1. Demokratie in Deutschland

2. Die Staatsorgane und der Bürger

3. Die Wahlen

4. Die Zivilgesellschaft

5. Die soziale Marktwirtschaft

6. Die Deutschen und ihre Geschichte

POSTFACH 330 516, 14175 BERLIN
TEL: 0049 30 8909 6748; FAX: 0049 30 8909 6675
E-MAIL: HAGEWIE@T-ONLINE.DE; URL: WWW.HANS-GEORG-WIECK.COM

Die Bundesrepublik Deutschland 1949- 2009
Eine Politische Bilanz

I. Deutschland auf der internationalen Bühne

1. Die Bedeutung des spontanen Falls der Mauer in Berlin 1989

Am Abend des 9. November 1989 fiel die Mauer, die seit 1961 den unbehinderten Übergang in der geteilten Stadt, im geteilten Land verhindert hatte. Der Weg zur Wiederherstellung eines gemeinsamen freien und demokratischen Staates der Deutschen war geebnet. Deutschland war als Folge des Ost-West-Konflikts seit 1949 in zwei Staaten geteilt. Wir müssen einen Blick in die Geschichte werfen, um das Konfliktpotenzial dieser gewaltsamen Spaltung an der Naht- und Bruchstelle der konkurrierenden Weltmächte USA und Sowjetunion zu verstehen.

Hitlers Griff nach der Alleinherrschaft mit seiner nationalistischen und rassistischen Partei (NSDAP) im Jahre 1933 in Deutschland und sein gewaltsamer Griff nach der Vorherrschaft in Europa sowie der Vernichtung des jüdischen Volkes auf europäischem Boden und der Unterwerfung anderer Nationen – vor allem Polen und Sowjetunion – endete mit der größten Katastrophe der europäischen Geschichte und natürlich auch für das deutsche Volk (Zweiter Weltkrieg 1939 mit über 50 Millionen Toten).

Der sowjetische Griff nach der Vorherrschaft in Europe, der sich anschließend kraftvoll entfaltete, führte zum Kalten Krieg, zum Ost-West-Konflikt. Die USA und Westeuropa widersetzten sich dem Druck, u. a. mit der Luftversorgung der westlichen Sektoren der deutschen Hauptstadt Berlin in den Jahren 1948/49. Der rasante Wiederaufbau Westdeutschlands – der Bundesrepublik Deutschland – konnte unter dem militärischen Schutz des Nordatlantischen Bündnisses und im Rahmen der sich formierenden Europäischen Gemeinschaft vollziehen, die mit dem Ziel der Bildung eines freien Binnenmarktes Anfang der fünfziger Jahre gebildet wurde. Im Rahmen der Gorbatschow-Reformen der Jahre 1985 bis 1991 zog sich die Sowjetunion aus dem von ihr kontrollierten ostmitteleuropäischen Raum zurück und ermöglichte damit die Überwindung der europäischen und der deutschen Spaltung.

Im November 1990 vereinbarte die KSZE – die“ Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa“ - auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs die Bildung eines „Gemeinsamen Hauses Europa“ mit der Transformation der kommunistischen Gesellschaften in pluralistische Demokratien mit freien und fairen Wahlen sowie der Gewaltenteilung für die Staatsorgane und einer sozialen Markwirtschaft anstelle der bisherigen Staats- und Planwirtschaften. Die Staats- und Regierungschefs der NATO- und der Warschauer Pakt-Staaten vereinbarten einen gewaltigen Abrüstungsschritt mit der Verständigung über Höchststärken der Land- und Luftstreitkräfte zwischen dem Ural und dem Atlantik (KSE – Konventionelle Streitkräfte in Europa). Die Reduktionen werden durch Überwachungsmaßnahmen und Überprüfungskonferenzen ergänzt.

Der für die Deutschen so einschneidende Fall der Mauer stellte letztlich nur ein Element eines umwälzenden größeren Prozesses in Europa mit globalen Implikationen dar.

Der im Jahre 1985 in Moskau zum Generalsekretär der Sowjetischen Kommunistischen Partei bestellte Michael Gorbatschow hatte aus strategischen und wirtschaftlichen Gründen eine umfassende Reformpolitik für die sowjetische Weltmacht eingeleitet. Unter anderem strebte Gorbatschow nukleare und konventionelle Abrüstung durch Vereinbarungen mit dem Westen, vor allem mit den USA an. Den bislang von der Sowjetunion in Ostmitteleuropa beherrschten Staaten wie Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei wurde größere politische Handlungsfreiheit eingeräumt. Über die Zukunft Deutschlands sollten Verhandlungen zwischen den vier Deutschlandmächten und den Regierungen der beiden deutschen Staaten stattfinden. Das bedeutete, dass sich das undemokratische kommunistische Regime in Ostdeutschland freien demokratischen Wahlen hätte aussetzen müssen. Bis zu seinem Sturz im Oktober 1989 widersetzte sich der SED-Vorsitzende Erich Honecker solchen Reformen. Die Reformbewegung der eine Minderheit bildenden Dissidenten der DDR wurde in dieser von Spannungen brisant gewordenen Situation zu einer Massenbewegung mit friedlichen Protestaktionen großen Ausmaßes in allen Teilen des Landes, vor allem in Berlin, Dresden und Leipzig. Mit der Öffnung der Mauer am 9. November 1989 war der Bann gebrochen. Es folgten in der DDR Verhandlungen am Runden Tisch zwischen Regime und Opposition mit dem Ergebnis, am 18. März 1990 in der ganzen DDR freie Wahlen durchzuführen. Das aus den Wahlen hervorgehende Parlament bildete eine demokratische Regierung unter de Maizière, die den Auftrag erhielt, mit der Bundesregierung den Vereinigungsvertrag auszuhandeln und im Rahmen der Verhandlungen der vier Deutschland-Mächte mit den nun tatsächlich bestehenden zwei demokratischen deutschen Staaten die Ablösung der Rechte der vier Mächte in Deutschland abschließend zu regeln. Das geschah – und es geschah vor dem Hintergrund der wirtschaftlich ausschlaggebenden Entscheidung der Bundesrepublik Deutschland, zum 1. Juli 1990 in allen Teilen des sich vereinigenden Deutschlands die Deutsche Mark einzuführen und damit das beachtliche Wirtschaftpotential der alten Bundesrepublik für den „Aufbau Ost“ einzusetzen. Das hat dann auch stattgefunden. Mag der Prozess in wirtschaftlicher Hinsicht weit fortgeschritten sein, so bleibt er doch in mentaler und sozialer Hinsicht noch unvollendet. Da kann nicht überraschen – angesichts so unterschiedlicher Rahmenbedingungen, wie sie mit dem pluralistischen demokratischen System und der sozial verankerten Marktwirtschaft der Bundesrepublik Deutschland einerseits und dem sozialistischen Politik- und Wirtschaftssystem der DDR andererseits seit 1949 gegeben waren.

2. Die Bedeutung Deutschlands mit seiner starken Wirtschaft und seinen 80 Millionen Bewohnern für Europa

Vor dem Hintergrund der tragischen europäischen Geschichte in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, insbesondere vor dem Hintergrund der zwei Weltkriege, die im Grunde genommen europäische Kriege mit weltweiten Auswirkungen waren, und von denen der zweite ganz unbestritten auf den von Hitler ausgehenden und mit militärischen Mitteln durchzusetzenden Anspruch auf deutsche Vorherrschaft in Europa zurückgeht, gab es in vielen Teilen Europas, auch in Deutschland selbst Zweifel daran, ob ein wiedervereinigtes Deutschland mit seinen 80 Millionen Menschen und seiner enormen Wirtschaftskraft – es rangierte schon als Bundesrepublik Deutschland mit 62 Millionen Bewohnern an dritter bzw. vierter Stelle der großen Wirtschaftspotenziale der Welt hinter den USA, Japan und China – für die Nachbarstaaten in Europa tragbar sein würde, und ob nicht erneut deutsche Führungsansprüche in Europa zu erwarten sein würden.

Nach der katastrophalen politischen und militärischen Niederlage des Hitler-Reiches – der zweite Weltkrieg kostete mehr als 50 Millionen Menschen das Leben und er gipfelte in der Ermordung des jüdischen Volkes in Europa – wir nennen es den Holocaust - sowie in den offiziell als Vernichtungskriegen gegen Polen und später gegen die Sowjetunion deklarierten Feldzügen erschien die Rückkehr Deutschlands, dessen Städte in Trümmern gelegt worden waren und in die sich nun mehr als zwölf Millionen von Flüchtlingen und Vertriebenen aus den verloren gegangenen östlichen Provinzen des Landes ergossen, in die Staatengemeinschaft für lange Zeit ausgeschlossen.

Die vier Alliierten - USA, Sowjetunion, Frankreich und Großbritannien – kontrollierten das Land, verwalteten es jeweils unabhängig in ihren jeweiligen Besatzungszonen und stellten die Bildung einer demokratischen deutschen Regierung für die ferne Zukunft in Aussicht.

Viele Deutsche suchten auszuwandern – das Land schien ohne wirtschaftliche und politische Perspektive zu sein. Im sowjetisch kontrollierten Teil des Landes wurde der Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft und Wirtschaft in Angriff genommen. Nun setzte die Fluchtbewegung aus diesem Teil Deutschlands in den Westen ein, die bis zur Vereinigung des Landes im Jahre 1990 noch einmal mehr als drei Millionen Menschen in den Westen brachte.

In den westlichen Zonen sahen sich die demokratischen Parteien der so genannten Weimarer Republik – Sozialdemokraten, Liberale und die Sammlungsbewegung der Christlichen Demokraten - mit der schwierigen Aufgabe konfrontiert, das weitgehend zerstörte Land wiederaufzubauen , in das 15 Millionen Flüchtlinge und Vertriebene geströmt waren.

Gegenüber der Gefahr, dass auch Westeuropa unter sowjetischen Einfluss kommen könnte - man muss daran erinnern, dass in allen Teilen West- und Südeuropas kommunistische Parteien mit sowjetischer Unterstützung an die Macht strebten – bäumten sich die ebenfalls vom Kriege geschundenen Länder Westeuropas auf und erhielten US-amerikanische Hilfe. Im Herbst 1946 erklärte US-amerikanische Außenminister Byrnes in Stuttgart, dass die USA bereit seien, Europa - das ganze Europa - beim Wiederaufbau zu unterstützen – unter der Voraussetzung, dass Deutschland in diesen Wiederaufbau einbezogen würde, weil das Werk ohne die Einbeziehung Deutschlands nicht gelungen konnte und weil ein erneut isoliertes Deutschland die Ursache neuer Kriege werden könnte.

Ergänzend zu diesen strategischen und wirtschaftlichen Impulsen gab Winston Churchill den Anstoß zum europäischen Zusammenschluss der Staaten und Völker – nach Churchills Meinung ohne Großbritannien. Der Europarat entstand. Ihm gehören alle Staaten Europas an, auch Großbritannien, – zurzeit wegen fehlender demokratischer Legitimation nicht Belarus. Nach den ersten wirtschaftlich orientierten Vereinigungsschritten der sechs Länder – Belgien, Holland, Luxemburg, Frankreich, Italien, Deutschland - wurde im Jahre 1957 der Vertrag von Rom geschlossen, der allen Staaten in Europa, die sich anschließen wollen, dies unter der Bedingung in Aussicht stellte, die europäischen Werte sowie demokratische Verfassungen, unabhängige Justiz, eine sozial verankerte Marktwirtschaft und die Achtung der individuellen Menschenrechte für sich zu akzeptieren und anzuwenden. Heute sind es 27 Länder in Europa, die der Union angehören und es gibt eine Warteschlange. Für die weiteren Nachbarstaaten in Osteuropa – Belarus, Moldowa und Ukraine sowie die drei südkaukasischen Länder (Armenien, Aserbaidschan, Georgien) - wurde mit der am 7. Mai 2009 in Prag beschlossenen „Östlichen Partnerschaft“ die Perspektive politischer Annäherung und wirtschaftlicher Integration eröffnet.

Die Russische Föderation und die Europäische Union sind durch vielfältige Vereinbarungen im politischen, wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Bereich mit einander verbunden – jedoch haben sich die Hoffnungen auf einen der Form und dem Inhalt nach demokratischen Transformationsprozess in Russland zunächst einmal nicht erfüllt. Wir haben es mit einem autoritären formal demokratischen System ohne unabhängige Justiz zu tun. Die Wirtschaftsleistung beruht weiterhin primär auf der Nutzung der Bodenschätze (Gas, Öl, Gold, Erze).

Im Interesse der Wiederherstellung des Vertrauens mit den vielen Nachbarstaaten Deutschlands hat das Land nach innen und nach außen die Vergangenheit aufgearbeitet. Man kann von einer inneren Erneuerung des deutschen Volkes und seiner Institutionen sprechen. Das Land genießt heute in Europa und in der Welt wieder Vertrauen, auch wenn die Schatten der unheilvollen Vergangenheit fortbestehen

Mit den Opfern der Judenverfolgung, also dem Holocaust und den Nachkommen, mit dem Staat Israel wurden Wiedergutmachungsabkommen vereinbart – aber das Wichtigste ist auf Dauer die Kommunikation zwischen den Menschen beider Völker und die Gewähr, diesen Völkermord nicht in Vergessenheit geraten zu lassen.

Jede nachwachsende Generation in Deutschland wird die Ursachen und das Ausmaß der politischen, militärischen und moralisch-humanitären Dimension der deutschen Katastrophe 1933-1945 schmerzhaft nachvollziehen und neue Fragen an die Geschichte stellen.

Der große wirtschaftliche Aufschwung, den die Bundesrepublik Deutschland zwischen 1950 und 1990 erlebte, konnte sich unter dem Schutze des Nordatlantischen Bündnisses und im Rahmen der sich bildenden europäischen Institutionen vollziehen. Die Bundesrepublik Deutschland (alt,) auf deren Territorium im Jahre 1939 etwa 40 Millionen Menschen lebten, absorbierte zwischen 1945 und 1965 mehr als zwanzig Millionen Menschen und schuf mit diesen Menschen zusammen die drittgrößte Volkswirtschaft im Weltmaßstab.

Das föderale System mit selbstverantwortlichen Regionen (Bundesländer) und sich selbst verwaltenden Gemeinden und Städten schafft große Bürgernähe der staatlichen Einrichtungen. Politische Parteien fördern das individuelle politische Engagement. Politische Stiftungen fördern Nachwuchskräfte. Pressefreiheit garantiert die offene Diskussion von offenen Fragen und Problemlösungen. In diesem politischen Biotop konnte sich die Jahrhunderte alte mittelständische Wirtschaft, die im Mittelalter und der frühen Neuzeit wohlhabende von den Gewerben und den Banken lebende Städte mit Selbstverwaltung entstehen ließ, zu einer der wettbewerbfähigsten Industrienationen im europäischen und globalen Raum entwickeln. Qualifizierte Berufsausbildung mit theoretischen und praktischen Komponenten (Duales System) ist von ebenso großer Bedeutung wie das betriebsinterne Innovationspotenzial sowie das weltweite System bilateraler Handelskammern und der Umstand, dass die Masse der jährlich wiederkehrenden Branchenmessen mit globalem Anspruch in der Bundesrepublik Deutschland stattfindet. Die deutsche Währung – die DM – konnte sich auf dieser soliden wirtschaftlichen Basis und auf der Grundlage ihrer Unabhängigkeit von anderen staatlichen Institutionen als Hüterin des Wertes der Währung zu einer der stärksten Währungen der Welt entwickeln und bildete mit diesen Prinzipien auch die Grundlage der europäischen Währung – dem EURO.

Es wäre vermessen zu behaupten, dass dieses im Großen und Ganzen verlässliche demokratische System immun gegen fremdenfeindliche, ja rassistische, auch antisemitische Unterströmungen sei. Immer wieder gelingt es solchen rechtsradikalen Gruppen mit und ohne

Gewaltbereitschaft – insbesondere in Zeiten wirtschaftlicher Rückschläge und Krisen, aber auch zu Zeiten der großen Koalition zwischen den beiden Volksparteien CDU und SPD – auf lokaler und regionaler Ebene auch in die Volksvertretungen gewählt zu werden.

Es wäre auch vermessen zu behaupten, dass sich nicht auch in Deutschland eine von Armut und Chancenlosigkeit geprägte Bevölkerungsschicht bildet – ungeachtet des Umstandes, dass eigentlich niemand durch das soziale Netz fallen kann – aber die finanzielle Unterstützung ist vielfach nicht ausreichend oder es fehlt an wirksamen beruflichen Fördermaßnahmen.

Diese Erläuterungen waren notwendig, um die nachfolgenden Bemerkungen über die Bedeutung der Europäischen Union für Deutschland und umgekehrt Deutschlands für die Europäische Union in ihrer ganzen Bedeutung erfassen zu können.

3. Die Bedeutung der Europäischen Union

Gestützt auf die sich immer wieder erneuernde Einsicht der Regierungen in Paris und Bonn/Berlin, zusammen, also nicht gegeneinander, den Verbund der Europäischen Union mit seinen Institutionen Parlament, Kommission, Gerichtshof und dem Europäischen Rat (der Mitgliedsregierungen) zu stärken, in dessen Rahmen sich Nationen entfalten können und die als Ganzes die Interessen der Mitgliedstaaten in internationalen Institutionen und langfristig auch in der Friedenssicherung optimal sichern kann, gelang es, die Beziehungen zwischen den Mitgliedstaaten auf eine verlässliche gemeinsame Grundlage zu stellen. Es mag sein, dass die Union wegen des noch nicht abgeschlossenen Prozesses der Ratifikation des Lissabonner Vertrags auf der Stelle tritt. Es mag sein, dass die Konsolidierung der Erweiterung um zwölf mittel- und südeuropäische Staaten mit der Aussicht auf den Beitritt weiterer Staaten vom Balkan noch nicht erfolgreich abgeschlossen worden ist. Aber keinem kommt die Idee einer Alternative, auch wenn viele vor zu großer Beschleunigung der Vertiefung und Erweiterung warnen.

Ein Kernstück dieser Union ist die gemeinsame Währung – der EURO -, der mittlerer Weile in fünfzehn Mitgliedstaaten eingeführt worden ist, und dessen Hauptcharakteristik die gleiche ist, die das Wesen der Deutschen Mark ausmachte: die absolute Unabhängigkeit der Zentralbank als Hüterin des Wertes der gemeinsamen Währung.

Die Währung ist dem Zugriff der Regierungen entzogen und stellt daher weltweit die Währung dar, der das größte Vertrauen entgegengebracht wird. Die Währung ist gekoppelt – wie in allen anderen Ländern - an die Konkurrenzfähigkeit der Wirtschaft innerhalb der Union und auf den Weltmärkten, und diese Konkurrenzfähigkeit, die nicht durch die politische Eroberung von Märkten erreicht werden kann, hängt von der Qualität des Produkts und aller damit zusammenhängenden Leistungen ab (Innovation, Service, Verfügbarkeit, etc.). Nur bei Massengütern geringerer Qualität ist der Preis entscheidend.

Damit schließt sich der Kreis der Überlegungen und Konzepte, wie für die Zukunft den Risiken begegnet werden kann, die mit einem leistungsstarken Deutschland mit 80 Millionen Menschen und einer der stärksten Wirtschaften im Weltmaßstab tatsächlich oder gefühlt verbunden sein können. Die deutsche Wirtschaft ist mit der der meisten EU-Mitgliedstaaten eng verflochten. Für fast alle Mitgliedstaten ist Deutschland der wichtigste Handelspartner. 70 Prozent des deutschen Außenhandels wird mit EU-Mitgliedstaaten abgewickelt. Das erleichtert die Interessenbestimmung auch auf anderen Feldern.

Viele glaubten, wie ich schon anmerkte, dass ein geteiltes Deutschland bei entspannten Ost-Westbeziehungen die Lösung sein könnte. Diese Kalkulation ging von einer fortbestehenden starken und in Mitteleuropa dominanten Sowjetunion aus. Diese Erwartung erwies sich als falsch. Die Sowjetunion zog sich unter Gorbatschow aus ihrem europäischen Vorfeld zurück. Daher konnte die Lösung für die europäischen Probleme nur in der Erweiterung der Europäischen Union und in dem für notwendig angesehenen Umfang der NATO gesehen werden.

Diese Lösung erweist sich auch gegenüber dem für viele Beobachter schwer fassbaren Phänomen als wichtig und unerlässlich, dass Deutschland und Russland ungeachtet der tragischen Phasen in ihren Beziehungen enge wirtschaftliche Zusammenarbeit suchen und praktizieren (Energie einerseits und Industrielieferungen andererseits). Deutschland wird dabei den Erfordernissen der Kohäsion der Europäischen Union und der Weiterentwicklung der Union und ihres gemeinsamen Marktes sowie der Stellung in der Welt angemessene Beachtung schenken wollen und müssen und der Regierung in Moskau die Zusammenarbeit mit der Europäischen Union auf vielen Feldern anempfehlen. Moskau ist darauf bisher nur zögerlich eingegangen, wie das relativ erfolglos gebliebene Kooperations- und Partnerschaftsabkommen von 1997 und die schwierigen Verhandlungen über das Nachfolgeabkommen zeigen. Moskau konzentriert sich ganz offenbar auf die Konsolidierung der inneren Lage, die durch die Existenz und Entwicklung der nationalen Minderheiten langfristig gefährdet sein könnte (z. B. Tschetschenien, Dagestan).

4. Deutschlands Rolle in der Internationalen Staatengemeinschaft

Deutschland gehört zu den größten Beitragsländern der Vereinten Nationen – hinter den USA und Japan auf der dritten Position. Diesem finanziellen Engagement entspricht die politische Überzeugung, dass die internationale Staaten- und Völkergemeinschaft leistungsfähige internationale Institutionen wie eben die Vereinten Nationen und ihre Sonder-Organisationen benötigt – aber auch die großen internationalen Vertragswerke wie die Welthandelsorganisation und die Rio-Charta von 1992 für Nachhaltige Entwicklung und zum Schutze der Umwelt mit den Nachfolge- und Anschlussabkommen. Deutschland unterstützt die VN-Anstrengungen zum Krisenmanagement, der Friedenssicherung und hält die VN-Autorisierung von militärischen Aktionen grundsätzlich für notwendig. Deutschland – eines der wichtigsten Mitglieder der Nordatlantischen Bündnisses – NATO – nimmt an zahlreichen VN autorisierten Operationen teil – z.B. in Afghanistan, im Kosovo. Deutschland hat sich am Irak-Krieg nicht beteiligt, weil es keine Beweise für den Bau von Massenvernichtungsmitteln im Irak in Händen hielt und solche auch international nicht vorgelegt wurden.

Die Bundesrepublik Deutschland wirkt in den Gremien zur Reduzierung, Kontrolle und Beseitigung von Massenvernichtungswaffen und zur Verhinderung ihrer Verbreitung aktiv mit. Wie andere Länder geht es von einer Bedrohung durch den internationalen Terrorismus aus. Es schützt sich auf angemessene Weise gegen diese Bedrohung, unter anderem durch intensive internationale Zusammenarbeit, fördert aber auch den Dialog zur Überwindung von Spannungen zwischen den Kulturen und Zivilisationen

Neben den multinationalen Institutionen haben auch regionale Strukturen wie die Organisation der Afrikanischen Staaten oder die Europäische Union substantielle Bedeutung für regionale Stabilität und Entwicklung – auch beim Krisenmanagement. Heute ist die EU der wichtigste kurz- und langfristige Stabilitätsfaktor auf dem bislang unruhigen Balkan.

Die AKP-Programme der EU sind natürlich bekannt.

Ungeachtet des starken internationalen und regionalen Engagements unterhält die Bundesrepublik Deutschland auch ein substantielles nationales Kooperationspotential für Projekte zur Unterstützung von Reformprozessen in anderen Teilen der Welt, u.a. in Afrika. Es ist diplomatisch in allen Ländern vertreten, aber auch durch zivilgesellschaftliche Organisationen. Ich halte besonders viel von der Arbeit der deutschen Politischen Stiftungen, die an der Basis der Zivilgesellschaft arbeiten und dies vor allem auf den Feldern der politischen Bildung, der Fachausbildung, des Gesundheitswesens, des Sports, der Umwelt und der Selbstverwaltung sowie der Entwicklung von kleinen und mittelständischen Unternehmen tun. Die deutschen Kirchen führen Projekte vor allem in Fragen der Menschenrechte, der Gleichstellung der Frau, der Unterbindung von Kinderarbeit und auf dem Bildungssektor durch. Die deutschen Aufwendungen für Entwicklungskooperation sind auch in Zeiten der Finanz- und Wirtschaftskrise nicht gekürzt worden.

Berlin anerkennt das Interesse weiterer Staaten in Europa, in die EU aufgenommen zu werden. Um dies zu erreichen, sind einschneidende Veränderungen der sozialen, der wirtschaftlichen und der rechtlichen Struktur in diesen meist postkommunistischen Staaten erforderlich, und das bedeutet eine große politische Anstrengung, die nur in Grenzen von der EU und ihren Mitgliedstaaten unterstützt werden kann. Auch gilt - und das ist derzeit unsere Sorge -, dass das Regelwerk der Europäischen Union auf die Herstellung effizienter Handlungsfähigkeit der Entscheidungsorgane der EU hin optimiert werden muss. Das soll der Lissabonner Vertrag bringen, der in diesen Tagen von der Bundesrepublik Deutschland ratifiziert wird. In einigen Mitgliedstaaten der EU wird die Handlungsfähigkeit der Europäischen Institutionen nicht für so wichtig angesehen, wie es eigentlich der Fall sein sollte.

Vor dem Hintergrund der beachtlichen Rolle, die Deutschland auf dem Felde der internationalen Zusammenarbeit und bei der Lösung von internationalen Spannungen sowie von Problemen wie dem der nachhaltigen Entwicklung, des Klimawandels, der Friedenssicherung und des internationalen Austausches von Gütern, Dienstleistungen und Finanzen spielt, strebt Deutschland bei der Reform der Vereinten Nationen einen ständigen Sitz im VN-Sicherheitsrat an. Dazu gibt es in Deutschland allerdings auch andere Meinungen.

5. Zusammenfassung

Zusammenfassend lässt sich gewiss mit gutem Grund sagen:

1.) Europa hat nach Jahrhunderten selbst zerstörerischer Machtrivalitäten den Frieden mit sich selbst gefunden und den Grundstein für den Bau eines auf den gemeinsamen Werten pluralistischer Demokratie und Rechtstaatlichkeit beruhenden Europäischen Hauses begonnen, das gute Chancen hat, in der Welt zu bestehen und zum Wohlstand der Welt und seinem friedlichen Zusammenleben beitragen zu können.

2. Unter diesen besonders in der Zeit der Kalten Krieges von einem starken Nordatlantischen Bündnis und damit von den USA getragenen Rahmenbedingungen hat Deutschland – zunächst geteilt, dann vereinigt – wieder aufgebaut werden können. Dank seiner außerordentlich vielseitigen und innovativen Mittelschicht hat es eine führende Stellung auf dem Weltmarkt erreichen können. Es wirkt an allen großen internationalen Initiativen – Entwicklungskooperation, Klimawandel, Internationale Sicherheit, Internationale Abrüstung

und Rüstungskontrolle – aktiv mit. Internationalen Umfragen zufolge genießt das Land in der Welt hohes Ansehen und Vertrauen.

3. Während des Kalten Krieges erbrachte das Land einen wesentlichen Teil der Verteidigungspotenzials des Bündnisses in Mitteleuropa (Bundeswehr 1960-1990: 500.000 Soldaten). Heute setzt Deutschland sich für ein differenziertes internationales Krisenmanagement unter Einschluss militärischer Mittel ein, die – vorzugsweise unter VN-Mandat - als NATO-Kräfte oder EU-Kräfte zusammen mit den Kräften anderer Länder eingesetzt werden.

4. Deutschland stärkt die Vereinten Nationen und ihre Sonderorganisationen und trägt zu ihren Budgets und denen der Sonderprogramme in erheblichem Umfang bei. Es beteiligt sich an Friedensoperationen und ist bereit, als Ständiges Mitglied im VN-Sicherheitsrat Verantwortung zu übernehmen.

II. Deutschland und seine Bürger

1. Demokratie in Deutschland

Die in der Frankfurter Paulskirche im Jahre 1848 von einem demokratisch gewählten Parlament verabschiedete Verfassung für Deutschland scheiterte am preußischen König, der die deutsche Kaiserkrone nicht aus den Händen einer Volksvertretung annehmen wollte und sich auf sein Gottesgnadentum berief. Das Deutsche Reich von 1871 wurde von den Fürsten der in Deutschland bestehenden Königreiche, Großherzogtümer und von den Freien Städte ausgerufen. Die demokratische Entwicklung wurde der Entwicklung des Staates und seiner Einrichtungen untergeordnet Der verlorene Erste Weltkrieg, den man m. E. hätte verhindern können, ohne Deutschland in Gefahr zu bringen, besiegelte des Schicksal der Monarchie und Landesfürsten. Der neuen demokratischen Ordnung – die nach dem Tagungsort der Verfassung gebenden Versammlung als Weimarer Republik bezeichnet wurde - waren durch den Versailler Vertrag schwere Bürden auferlegt. Die tragenden demokratischen Kräfte fielen während der internationalen Wirtschaftskrise von 1929 der kommunistischen Bewegung und der nationalsozialistischer Demagogie zum Opfer. Rote und Braune Partei-Armeen hatten das Sagen, nicht die Polizei.

Hitler brachte dem Land zunächst bescheidenen Wohlstand. Gleichzeitig beseitigte er die demokratische Ordnung und den Rechtsstaat. Er führte das Land in den Krieg, vernichtete die Juden Europas, unterwarf Deutschlands Nachbarn und führte einen Vernichtungskrieg gegen Polen und die Sowjetunion und ihre Völker. Der deutsche Aufstand gegen diese Terrorherrschaft scheiterte am 20. Juli 1944. Die Zerstörung des eigenen Landes, der moralische Absturz hätten nicht größer sein können. Wer wollte noch eine Mahlzeit mit einem Deutschen teilen? Was empfanden wir Siebzehnjährigen Kindersoldaten in diesem Moment. Verraten! Ausgeliefert einem ungewissen Schicksal in einem Land ohne Zukunft, aber befrachtet mit historischer Schuld. Aber der Überlebenswille war härter als das erlebte Unglück

Nach unterschiedlichen Vorgaben wurden die getrennten beiden Teile Deutschlands wieder aufgebaut. Gestützt auf frühere demokratische Ansätze und Erfahrungen konnte sich in den westlichen Teilen Deutschlands eine pluralistische demokratische Ordnung auf kommunaler, auf Länder- und zentraler bundesstaatlicher Ebene entwickeln, die jeweils über eigene

Finanzquellen auf der Grundlage ihnen zugeordneter Steuern verfügen. Damit wurde und wird verantwortliches, zur Rechenschaft verpflichtetes Handeln – anstelle demagogischer Feldschlachten – „erzwungen“. Im östlichen Teil wurde ein zentristisches volksdemokratisches Modell implantiert, in dem die politische Opposition unterdrückt wurde. Millionen von DDR-Bürgern flüchteten in die Bundesrepublik Deutschland.

2. Die Staatsorgane und der Bürger

Das Grundgesetz vom 23. Mai 1949 – zur gleichen Zeit endete die sowjetische Blockade gegen West-Berlin und seine mehr als zwei Millionen Einwohner, die über ein Jahr hinweg durch eine alliierte Luftbrücke versorgt wurden – stellt den Bürger in den Mittelpunkt allen staatlichen Handelns. Die wichtigsten seiner Grundrechte können auch durch Verfassungsänderung nicht geschmälert werden. Der Bürger wird durch die Grundrechte und durch eine selbständige unabhängige Gerichtsbarkeit, einschließlich einer Verwaltungsgerichtsbarkeit geschützt, die jeden Hoheitsakt, jedes Handeln der Behörden auf seine Rechtmäßigkeit überprüfen kann – auf Antrag, gegebenenfalls auch des Bürgers.

Das föderale System sowie eine lebendige kommunale Ebene bringen den Bürger in große Nähe zu demokratischen Institutionen und ihrer Arbeitweise. Die Politischen Stiftungen der Parteien unterhalten landesweite Netzwerke, um junge Menschen mit den öffentlichen Institutionen, mit den Fragen unseres öffentlichen Wohls und der internationalen Verknüpfung unseres Landes mit anderen Teilen Europas und der Welt in Verbindung zu bringen.

Der Bundestag und der Bundesrat bilden die Legislative, die gesetzgebende Gewalt. Der Deutsche Bundestag wählt mit der Mehrheit seiner Mitglieder, also nicht nur mit der Mehrheit der anwesenden Mitglieder des Hauses den Bundeskanzler. Er kann nur abgewählt werden, indem einem neuen Bewerber mit der Mehrheit der gesetzlichen Zahl von Mitgliedern des Parlaments das Vertrauen ausgesprochen wird. Die Minister werden auf Vorschlag des Bundeskanzlers vom Bundespräsidenten ernannt. Sie sind für ihren Verantwortungsbereich gegenüber dem Parlament verantwortlich.

Im Bundesrat sind die Bundesländer durch ihre Regierungen vertreten und haben je nach Größe des Landes drei, fünf oder sieben Stimmen.

Bei Gesetzen, die der Mitwirkung des Bundesrats bedürfen, kann im Konfliktfall, ein Vermittlungsausschuss angerufen werden. Das geschieht sehr oft.

3. Die Wahlen

Bei den Wahlen zum Deutschen Bundestag hat der Bürger zwei Stimmen. Mit einer Stimme wählt er den Abgeordneten des Wahlkreises. Der Kandidat mit den meisten gültigen Stimmen hat den Wahlkreis gewonnnen. Auf diesem Wege wird die eine Hälfte der Abgeordneten des Deutschen Bundestages gewählt. Hier gilt das einfache Mehrheitswahlrecht.

Mit der zweiten Stimme stimmt der Wähler für eine Partei, die auf Landes- oder Bundesebene eine Liste von Kandidaten aufstellt. Die Sitze des Bundestages gehen im Verhältnis der abgegebenen Stimmen an die Parteien. Hier gilt das Prinzip des Verhältniswahlrechts.

Voraussetzung für die Berücksichtigung bei der Auszählung der Zweitstimmen ist der Gewinn von drei Direktmandaten oder der Gewinn von mehr als fünf Prozent aller abgegebenen Stimmen auf Bundesebene. Eine Sonderregelung gilt für die Süddänische Minderheit in Schleswig-Holstein.

Öffentliche Mittel werden für den Wahlkampf zur Verfügung gestellt – die Höhe der Mittel richtet sich nach der Zahl der auf die jeweilige Partei bei den vorangegangenen Wahlen abgegebenen Stimmen.

4. Die Zivilgesellschaft

Die Parteien werden als wichtige Strukturen der Gesellschaft im Grundgesetz erwähnt. Mit der Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit ist auch das Recht der Arbeitnehmer gesichert, sich gewerkschaftlich zu organisieren und mit den Arbeitgeberorganisationen Tarifvereinbarungen auszuhandeln. In Großbetrieben gibt es eine Arbeiter-Mitbestimmung.

Arbeitgeber und Arbeitnehmer teilen sich die Beiträge für die Altersversorgung und für die Krankenversicherung. Die Renten werden der Entwicklung der Löhne angepasst. Das ist nicht unumstritten.

5. Die Soziale Marktwirtschaft

Für die Marktwirtschaft selbst strebt das vom Wirtschaftsminister Erhardt in den sechziger Jahren durchgesetzte Modell die gesetzlich verankerte Sicherung des Wettbewerbs und die Verhinderung der Bildung von Monopolstellungen und Kartellen der Unternehmen (Ordo-Liberalismus) an. In der heutigen globalen Finanz- und Wirtschaftskrise sind viele Bestandteile des Systems der sozialen Marktwirtschaft vorübergehend außer Kraft gesetzt worden – hoffentlich wirklich nur vorübergehend. Auch im Rahmen der Europäischen Union und des Binnenmarktes steht das Prinzip der sozialen Marktwirtschaft immer wieder auf dem Prüfstand, da es sich mit den staatlichen Interventionspraktiken anderer EU-Mitgliedstaaten auseinandersetzen muss.

Die hier geschilderten Grundsätze machen das System der Sozialen Marktwirtschaft aus, das nach dem zweiten Weltkrieg in Deutschland eingeführt wurde und anstrebt, dass alle Bevölkerungsteile an den Erträgen der Wirtschaft beteiligt werden und dass bei fairen Wettbewerbsbedingungen der Ertrag für alle Beteiligten optimal ist. Die Forderung sozialer Gerechtigkeit steht im Raum und wird nach Auffassung vieler Bürger inhaltlich heute nicht hinreichend beachtet.

Die Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland (alt), in der 1939 40 Millionen lebten, hat zwischen 1945 und 1965 etwa zwanzig Millionen Menschen wirtschaftlich und sozial integriert. Enorme Aufwendungen – bis zu 70 Mrd. € jährlich - wurden nach der Vereinigung im Jahre 1990 in die neuen Bundesländer (17 Millionen Menschen) transferiert – für Sozialaufwendungen, Investitionen, Infrastruktur. Am Ende wird die schwierige Integration gelingen, so meine ich.

6. Die Deutschen und ihre Geschichte

Die Auseinandersetzung mit der deutschen Vergangenheit war das dominierende Thema der Literatur, Musik und der gestaltenden Kunst in den vergangenen Jahrzehnten. Nun tritt die

Auseinandersetzung mit der Vereinigung und dem Anpassungs- und Transformationsprozess vor allem in den neuen Bundesländern stärker ins Blickfeld. Wie schon an anderer Stelle des Vortrags angedeutet, wird sich in Deutschland jede neue Generation von neuem mit der deutschen Katastrophe 1933-1945 befassen müssen, neue Fragen stellen und neue Sichtweisen gewinnen. Wir befinden uns nun in der Phase eines verhaltenen nationalen Grundverständnisses, das andere Nationen ohne Schwierigkeit auf gleicher Augenhöhe neben sich anerkennen und respektieren kann, und das vor allem den Menschen und den Bürger in seinen Rechten respektiert. Die Zivilgesellschaft in ihrer Vielfalt macht die Essenz und Regenerationskraft einer Nation aus, nicht der Staat mit seinen Einrichtungen. Staatliche Strukturen sind notwendig, bedürfen aber der effektiven Kontrolle und immer wieder neuer Impulse aus der Gesellschaft.

Berlin, September 2009